

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Versammlungsinerate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinerate werden nicht angenommen.

Zur Machtfrage zwischen Arbeitgebern und Arbeitern im Bergbau.

Die „Technischen Blätter“, eine Wochenbeilage der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ (vom 31. August), enthalten unter obiger Überschrift eine längere Abhandlung aus der Feder des königlichen Bergwerksdirektors Dr. Gerbig-Saarbrücken. Gerbig hat sich schon früher vielfach mit der Arbeiterfrage im Bergbau beschäftigt und man muß sagen, daß seine Ausführungen — man konnte zu ihnen stehen, wie man wollte — immer viel Bemerkenswertes an sich hatten. Die Gründlichkeit, mit der er vor mehreren Jahren die Frage der Tarifverträge zwischen Arbeiter und Arbeitgeber im Bergbau behandelte, wirkte im Gegensatz zu den diesbezüglichen Abhandlungen anderer Autoren geradezu wohltuend. Wenn er auch aus technischer, wie aus arbeitgeberorganisatorischer und anderen Rücksichten heraus sich der Einführung von Tarifverträgen im Bergbau skeptisch gegenüber stellte. Seine Sachlichkeit aber, mit der er diese Frage behandelte, bleibt unbestritten.

Sachlich behandelt er auch das genannte Thema. Gerbig meint, daß die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Arbeitgeber nicht immer auseinandergehen. So hätten beide ein Interesse an der Verbesserung der Rentabilität der Werke, allerdings darf sie nicht unmittelbar oder mittelbar auf Kosten der Arbeiter gehen. Ein typisches Beispiel solcher Interessengleichheit sei der von den Bergwerksbesitzern und den Bergleuten des niederschlesischen Bezirks Schuler an Schuler geführte Kampf um günstige Eisenbahntarife gewesen. Die Bergarbeiter unterstützen in der Hauptfrage die billigen Tarife, um den Einwand der Bergwerksbesitzer aus dem Wege zu räumen, daß der gegenwärtige Zustand der teureren Tarife auf die Löhne drücke. Gerbig führt weitere Beispiele für die hier und dort auftretende Interessengemeinschaft der Werksbesitzer und Arbeiter an. Dann sagt er:

„Aber trotzdem sozialpolitische Gedankengänge bei den Unternehmern und wirtschaftliche Erkenntnis bei den Arbeitern die beiden Parteien in manchen Fragen näher bringen, bleibt doch noch ein großer Spielraum für Interessengegensätze, um die der Kampf mit unerminderter Hartnäckigkeit geführt wird. Die Schärfe des Kampfes und der Kraftaufwand haben sogar zugenommen, gerade wie trotz der Neigung der großen Kolkulturation zu einer Politik der Verständigung die Kräfte weber aufhören, nach an Geistigkeit abnehmen, sondern im Gegenteil für den unterliegenden Teil sich gefährlicher gestalten und deshalb mit dem äußersten Aufgebot aller Kräfte geführt werden. Man muß also damit rechnen, daß für alle absehbare Zeit zwischen Unternehmern und Arbeitern trotz mannigfacher Interessensbereinfestigung doch in vielen Fragen, besonders auf dem Gebiete des Lohnwesens und des Arbeiterrechts (im weitesten Sinne) Kampfzustand herrschen wird. Je weiter die wirtschaftliche Entwicklung auf ihrer jetzigen Bahn fortschreitet, je mehr dadurch der in diesem Kampf stehende Prozenz der Bevölkerung anwächst, um so stärker wird die ganze Volkswirtschaft von diesen Kämpfen berührt, um so größer wird die Teilnahme der Allgemeinheit an den Gründen und Zielen, an den Vorbereitungen, dem Verlauf und den Folgen dieser Kämpfe.“

Gerbig stellt nicht nur die hier und da zutage tretende Interessengemeinschaft, sondern auch die Interessengegensätze bzw. den Kampfzustand zwischen Kapital und Arbeit fest und er führt auch hier eine Reihe von Fällen an, wo und warum sich die Bergwerksbesitzer den Forderungen der Arbeiter widersetzen. Falsch ist unseres Erachtens eine später ausgesprochene Ansicht, daß die Unternehmer wegen der Forderungen der Arbeiter sich seit Jahren in einer Verteidigungsstellung befinden. Wichtig ist, daß die Unternehmer im Bergbau die Vermittlung, die Verwendung und die Verwertung der Arbeitskräfte noch allein beeinflussen, daß sie sich hierbei gar nicht von den Arbeitern und ihren Organisationen hineinreden lassen, so daß mehr von einer Verteidigung der Arbeiter gegen die Willkür der Werksbesitzer gesprochen werden müßte. Die Schuld für den Kriegszustand im Bergbau lastet auf den Werksbesitzern, die für sich das Herrenrecht proklamieren haben und dieses Herrenrecht rigoros genug ausüben. Schon die Fragen, um die sich der Streit zwischen Arbeitern und Arbeitgeber dreht, und die auch Gerbig oben (siehe Zitat) und im weiteren näher kennzeichnet, zeigen an, daß die Arbeiter sich in der Abwehrstellung befinden. Sie suchen ihre Arbeitskraft, ihre Gesundheit, ihr Leben zu schützen, das ist Abwehr, kein Angriff!

Wenn Gerbig dann weiter sagt, daß die Unternehmer sich gegen die Forderungen der Arbeiter wehren, weil sie in deren Bewilligung eine Wertverminderung der von den Arbeitern geleisteten Arbeit sehen, so mag das nur in sehr beschränktem Maße seine Berechtigung haben. Wie die Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung des Bergbaues zeigt, haben die Unternehmer mit Hinweis auf die Wertverminderung bzw. Produktionskosten nicht nur die Forderungen der Arbeiter stets zurückgewiesen, sondern auch die gesetzlichen Maßnahmen zugunsten der letzteren. Die Versicherungsbeiträge, die Kosten der gesetzlichen Schutzmaßnahmen, selbst Lohnrückstellungen haben aber für die Werksbesitzer bisher keinen finanziellen Schaden mit sich gebracht, da sie es ermöglichen konnten, alle diese Ausgaben durch die Preispolitik, durch technische Neuerungen usw. auszugleichen. Die Ausgaben für die Arbeiter sind größer geworden, das ist zuzugeden, die Gewinne der Grubenbesitzer sind noch mehr gestiegen, also hat das finanzielle Risiko zugunsten der Arbeiter die Unternehmer nicht so belastet, wie man sich nach draußen hin den Anschein gibt. Gerbig muß selbst zugeden, daß vielfach ein Streit um Forderungen tobt, die nicht zu einer Wertverminderung der Arbeitskräfte führen, so der Streit um Durchführung solcher Schutzmaßnahmen, die im Interesse der Arbeiter und des Werkes zugleich liegen. Kosten entstanden für die Werksbesitzer auch nicht, wenn sie eine gerechtere Bedingungs- und Lohnfestlegung im Bergbau vornahmen, wenn die Arbeiterbehandlung eine bessere und wenn den Arbeitern ein Einfluß auf den Arbeitsnachweis eingeräumt würde und, worauf auch Gerbig exemplifiziert, die Grubenbesitzer die Arbeiterorganisationen als verhandlungsfähige Vertreter der Arbeiter anerkennen würden.

Zumühen, es ist schon viel, wenn Gerbig, der im Dienste des Bergbaues steht, so klar sieht, daß er Streitfragen im Berg-

bau feststellt, die sich ohne Kostenaufwand beseitigen lassen. Wenn diese Streitfragen noch bestehen, an den Arbeitern liegt es nicht.

Gerbig geht dann auf die Machtverteilung in dem Kampfe zwischen Arbeiter und Werksbesitzer ein und berührt hier eine ganze Reihe Fragen, die entweder zugunsten der Arbeiter oder der Unternehmer sprechen. Vieles, was er anführt, ist richtig, manches falsch, oder es bedarf der näheren Erklärung. Uns interessieren hier hauptsächlich die Feststellungen, die er macht, um die günstige oder ungünstige Lage der Arbeiter den Unternehmern gegenüber zu beleuchten. Er sagt, daß die Arbeiter bei Konjunkturschwankungen im Bergbau den Unternehmern gegenüber im Vorteil sind. In wirtschaftlich guten Zeiten steigt dieses Stärkeverhältnis der Arbeiter, in schlechteren Zeiten senkt sich die Lage zu ungunsten der Arbeiter; aber da die Grundtendenz im Bergbau trotz zeitweiliger wirtschaftlicher Rückschläge seit Jahrzehnten eine steigende ist, sind die Unternehmer verhindert, die vergrößerte Unternehmerrmacht bei wirtschaftlich schlechten Konjunkturen den Arbeitern gegenüber auszuspielen zu lassen. Die Unternehmer müssen an den Arbeiterbedarf bei günstigen Konjunkturen denken, das hält sie ab, ihre Macht die Arbeiter fühlen zu lassen. Angebot und Nachfrage spielen überhaupt bei der Verteilung der Machtverhältnisse eine große Rolle. Zugunsten der Arbeiter spräche auch die Anhäufung der Arbeitermassen in eng begrenzten Bezirken. Der Begriff Bergarbeiterkraft sei in vielen Bezirken gleichbedeutend mit dem Begriff Bevölkerung. Es geht durch einen solchen Bezirk ein gewisses Solidaritätsgefühl, das im Falle eines Streiks sich nicht nur auf viele Unorganisierte, sondern über die Belegschaft hinaus auf alle die Gewerbetreibenden ausbreitet, die von den Bergleuten leben. Es bildet sich zugunsten der Arbeiter eine öffentliche Meinung, die, wie die Dinge nun einmal liegen, meist auf Seiten der Arbeiter ist.

„Größeren Einfluß noch als auf das unmittelbare Ergebnis eines Lohnkampfes hat die öffentliche Meinung zugunsten der Arbeiterkraft auf politischem Gebiet. In der Gesetzgebung geht seit Jahrzehnten eine Entwicklung vor sich, die das Arbeitsverhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter zugunsten des letzteren verschiebt. Den Unternehmern, die dabei die Gebenden sind, ist das Tempo dieser sozialpolitisch orientierten Gesetzgebung zu rasch, den Arbeitern, also den Nehmenden, zu langsam. Beide Parteien haben natürlich das Bestreben, einen möglichst großen und unmittelbaren Einfluß auf die Gesetzgebung zu bekommen, d. h. Abgeordnetenmandate zu gewinnen oder doch Abgeordnete auf ihre Interessen festzusetzen. Dabei sind die Arbeiter infolge ihrer Masse weitläufiger die stärkeren, besonders beim Reichstagswahlrecht. Den Bergarbeitern kommt auch hier wieder zugute, daß sie infolge der Konzentration des Bergbaues ganze Wahlkreise beherrschen, daß sie also in keinem Wahlkampf unberücksichtigt gelassen werden dürfen. Sie können deshalb einer kräftigen Interessendirection in den Parlamenten sicher sein. Dazu trägt auch noch der Umstand bei, daß ein Ausstand im Steinkohlenbergbau wegen seiner Rückwirkung auf alle anderen Industrien das öffentliche Interesse in hohen Maße erregt und daß auch die unermesslichen Massenunfälle des Bergbaues eine starke Wirkung ausüben. Alles dies gibt, zusammengekommen, den Bergarbeitern einen ganz erheblichen Einfluß auf die Gesetzgebung, der auch in den verschiedenen Novellen zum preussischen Berggesetz deutlich zum Ausdruck kommt. Die am weitesten vorgeschrittenen Posten im Kampfe um die Arbeitsbedingungen hat die Arbeiterkraft in Deutschland zurzeit auf bergbaulichen Gebieten stehen: die unkündbaren Sicherheitsmänner und im Kalibergbau den gesetzlichen Zwang für den Bergwerksbesitzer, entweder Mindestdurchschnittslöhne zu gewähren oder Tarifverträge abzuschließen. In der gesetzgeberischen Beeinflussung des Arbeitsverhältnisses liegt die Machtfrage zwischen Arbeitern und Unternehmern also sehr zugunsten der Arbeiter.“

Das Stärkeverhältnis wird, wie Gerbig im weiteren ausführt, dadurch zu Ungunsten der Arbeiter verschoben, als der geschlossenen Unternehmerrmacht schwächere Organisationen der Arbeiter gegenüberstehen, nur ein Bruchteil der Bergarbeiter ist organisiert. Die Arbeitermassen, die aus Ländern mit geringer Kulturböhe in die Berggebiete strömen, seien noch nicht reif für den gewerkschaftlichen Gedanken, ein Einzelständnis, das zeigt, daß der Gewerkschaftsgedanke von einer kulturell höher stehenden Arbeiterschicht am besten aufgenommen wird. Sehr interessant ist der weitere Hinweis Gerbigs, daß auf die Organisationen der Arbeiter, sowie auf das Machtverhältnis überhaupt, vorwiegend katholische Belegschaften einen Einfluß ausüben. Gerbig gibt hierfür keine nähere Erklärung, aber jedenfall meint er, daß die katholische Erziehung dem Gewerkschaftsgedanken und dem Kampf der Arbeiter nicht förderlich ist. Eine Tatsache, die ihm der Eingeweihte nicht abstreiten wird. Daß das Fehlen eines Hauschens den Bergarbeiter abhört, der Organisation anzugehören, trifft nur bedingt zu. Würde Gerbig z. B. die Organisationsverhältnisse im Ruhrbecken näher beobachten, dann müßte er zu einer anderen Ueberzeugung gelangen. Die Bergarbeiterorganisationen haben in den jetzhaften Belegschaften des engeren Ruhrtrals und auch darüber hinaus gute, wenn nicht die besten Stützpunkte. Recht charakteristisch ist, daß Gerbig, der Bergwerksdirektor, den Mangel einer einheitlichen Organisation der Bergarbeiter hervorhebt. Die Unternehmerrmassen geschlossen da, die Arbeiter hätten sich in eine Reihe Organisationen zersplittert. Diese Zersplitterung wirke ungünstig auf die Werbekraft der Organisationen ein; ein Teil der gewerkschaftlichen Tätigkeit erschöpfe sich in der gegenseitigen Bekämpfung der Verbände. Die wirtschaftliche Einflücht des Werksbesitzers im Bergbau sei größer, als die der Bergarbeiter, was mit sich brächte, daß auch hier das Machtverhältnis sich stark zugunsten der Unternehmer verschiebe. Es ist nicht das erste Mal, daß Gerbig auf diesen Mangel in der Bergarbeiterbewegung hinweist, schon in seinen Tarifartikeln hat er die Frage der Zersplitterung der Bergarbeiterorganisationen angedeutet und sie mit dafür verantwortlich gemacht, daß die Arbeitskräfte im Bergbau nicht einzufließen sind. Wenn auch diese Auffassung Gerbigs nur bedingt richtig ist, hat er doch recht darin, daß die Zersplitterung der Bergarbeiterorganisationen wie die ungenügende Zahl der unorganisierten das Machtverhältnis der Arbeiter sehr schwächt, dagegen den Werksbesitzern das Rückgrat steift. Aus dieser Feststellung Gerbigs ganz besonders könnten die Bergarbeiter vieles lernen.

Nach dem „Frieden“ von Mex.

Sieben volle Jahre lang war es der Stöner-Richtung gelungen, sowohl die Oesterreichsleute um Roeren und Bitter, Dr. Kaufmann und Schopen und Genossen als auch die Berliner, Breslauer und Trierer „Integralisten“ vom Katholikentag fernzuhalten und ihnen das öffentliche Wort vor ihren Glaubensgenossen zu verbieten. Das geschah mit allen Mitteln diplomatischer Sinkerlist, der Läsung und Umschwarzung und Unterminierung mißliebiger Persönlichkeiten. Kardinal Hubert Anton Fischer, theologisch ein so beschränkter Kopf wie der letzte Kaplan im ärmlichsten Eisfeld, gefiel sich in der Rolle, die Gegner und Widersacher des „katholischen Welthauses“ Gebrüder J. B. Bachem als seine und der Kirche Feinde zu behandeln und als Chef des Kerus in der größten Diözese der Christenheit seine schwere Hand auf alle zu legen, die ihm von den Handlangern und Zutreibern der Firma J. B. Bachem denunziert wurden. Es war Dr. Kaufmann aus Düsseldorf, welcher erstmals der publizistischen Welt Deutschlands darüber klaren Wein einschenkte, daß die famose „Repressantza Roma: Bocca di Leone“ („Im Löwenrachen“) getrennt dem offenen Löwenmaul des Rates der Jehu in Venedig die abscheulichste Spitzel- und Angeberwirtschaft treibe, aber nicht der mit den verkehrten Beziehungen zu der Römischen Kurie sich erfreue.

Diese Parteidiktatur, aufgebaut auf den realen Mitteln des Geldes und Verleumdens, des Lugs und Trugs, des diplomatischen „Bluffs“ und des heimlichen Zusammenarbeitens mit den politischen Machthabern, mit dem Großkapital und der Schwerindustrie und den Grubenbaronen ist über Nacht zusammengebrochen. Während die Giesberts, Stegerwald, Imbusch, Effert, Schiffer, Brust, Vogel, Lang, Kuhnert, Körner und Genossen gegen die Ausbeuter donnerten und voll „heiligen Eifers“ für die gerechte Sache, für „Gleichberechtigung“ der geknechteten Arbeiter mit den anderen Ständen anzutreten vorgaben, erschien genau gleichzeitig ein eleganter Justizrat im Gehrock und Hülinder im verschwiegenen Privatkontor der „Schwestern“ Industriekapitäne und brachte den Handel des drohenden Streiks, der Ausperrung, der Vernichtung der Sozialdemokratie mit vereinten Kräften und im Namen der heiligen Religion und die Verschacherung der Reichstagswahlkreise in aller Stille ins Reine zu kulanten Bedingungen.

Der Herr Erzbischof Hubert Anton Fischer trug persönlich anderthalb Millionen Franken in den Vatikan nach Rom — — — und gleichzeitig trugen ihrerseits die demagogischen Spahmacher zur Gängelung der katholischen Arbeitermassen die dicken Wachskerzen bei der heiligen Fronleichnamspitzelprozession (Bazieren).

Dieses Gaukelspiel ist am Ende, aus und Amen. Die ausschließliche Herrschaft der Köln-Gladbacher Agitatoren wie mit ihrer ärmlichen Filiale in Essen war ideell schon seit dem 24. September 1912 mit der päpstlichen Enzyklika „Singulari quadam“ gebrochen.

Alle Anstrengungen der Christenführer und ihrer Protokollanten im Bachemhause gingen seither dahin, wenigstens den äußeren Schein der Gleichberechtigung für die paritätischen Gewerkschaften im Ruhrbecken, links des Rheins und in Bayern zu retten.

Sand in die Augen!
Zu diesem Zweck wandte sich die Kölner Parteileitung (Bachem und Trimborn, Marx und Dr. Pieper) nach Berlin. Die preussische Diplomatie in München und beim Heiligen Stuhl in Rom wurde bei der päpstlichen Regierung submissiv dahin vorbestimmt, daß „ihren“ interkonfessionellen Gewerkschaften im Bergzweifelungskampfe die einzige Vergünstigung zuteil werde, auf dem Aussterbeat wenigstens „gebildet“ zu werden. Nur gebildet — nicht öffentlich vor allem Volk als vereidigt Gewürm zertreten.

Das sollte durch einen autoritativen Ausspruch des Apostolischen Nuntius in München erfolgen — aus Darmherzigkeit. Allein die römische Kurie blieb unerbittlich.
Die Lügenbeutelei des Generalsekretariats im Bachembblatt, daß keine Gröhen sich niemals unterworfen haben und die eitle Kennomierung, daß sie sich auch künftighin niemals unterwerfen werden, trugen schlechte Früchte.

Der amtliche Vertreter des Papststums in deutschen Landen, der Apostolische Nuntius Martin Frühwirth O. P. erhielt den telegraphischen Befehl, der 60. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands fernzubleiben.

Während dem Reichstagsabgeordneten Johann Giesberts von Essen ein starkes Maßschloß vor sein Heidenmundwerk gelegt wurde, erhielten die Berliner erstmals Gelegenheit, ihre gut katholische Sache gegen die der Keckerei und Rebellion verdächtigen rheinländischen Gewerkschaften zu verteidigen. Den „Christen“ war um des lieben Friedens Willen verboten worden zu reden und den „Integralisten“ war gleichzeitig heimlich die Aufforderung zugegangen, zur Förderung ihrer Sache eifrig und mit geeigneten Zungen zu reden.

Der Münchener Willibrod Benzler hat im Auftrag der Römischen Kurie die Sache gut gemacht und die sieben-geheiten Zentrumsjuristen, Advokaten und Landes- und Oberlandesgerichtsräte und Direktoren fürchterlich gelehmt.

Die „Christen“ mußten den Schnabel halten und tiefen in Mex verführt herum wie Hühner im Regen. — — —
Den Berlinern ward die große Clemenskirche als Versammlungslokal eingeräumt, und dort sprach mit holländischer Gewandtheit vom Hauptaltar aus Dr. Fleischer, der frühere Zentrumsabgeordnete, mit schneidender Schärfe gegen den Köln-M-Gladbacher Klügel.

Gerade dieser von den Bachemiten wie Gift gehakte Dr. Fleischer verlas vor Arbeitern erst als die richtige Uebersetzung des päpstlichen Hundschreibens, „das große Mauerfest Bius X.“ und führte gegen die „General-Gewerkschaftsleitung“ der interkonfessionellen in Köln den Stoß ins Herz mit dem Anklagewort: „Gerade diejenigen, welche meinten, mit rein wirtschaftlichen Mitteln einen Zustand der Gleichheit heraufzuführen, haben die Macht der Unternehmer gesteigert; sie aufgestachelte, große eigene Zusammenkünfte sich zu schaffen.“

Nachwohl, und für die Interessen jener Unfruchtbarer...

Nach den Wahlen wird der Papst sprechen...

Und schon am 1. Oktober 1912 bedrückt der intime Vatikan...

Zehn Wochen später besteigt Bischof Feliz Korum die Kanzel...

Der Präsident der Zentrumsfraktion, Fürst v. Löwenstein...

„Weil Wir nun aber diese Angelegenheit an uns gezogen haben...

Das ist der „Friede von Meß“, hieß es, aber sofort „interpretieren“...

Die „Duertreiber“ lassen sich weder von den „Interpreten“...

Der Streit über die Gewerkschaftszählung muß und wird ruhen...

Das Umlügen der „christlichen“ Arbeiter durch unlautere Auslegung...

Zur Lohnfrage im Bergbau.

Die Wirkungen der heutigen Art der Gedingefestsetzung und Gedingeregulierung...

Die beste Ausflucht vorwärts zu kommen haben natürlich diejenigen...

verbänd zu stärken, um dadurch einen Zustand herbeizuführen...

Dann wirkt auf die „Gedingepolitik“ der Beamten auch die Gollförderung ein...

Geradezu großartig wirkt der Satz: „Das Pferd, das den Hauer verdient...“...

Nun noch einige Worte zur Entlohnung der Lehrhauer...

Tod den Sozialdemokraten!!!

Der strahlende Stern des Glücks leuchtete der Berufsvereinigung...

Wojtek war innerhalb der gesamten Menschheit ein ungemöhnliches Exemplar...

„Das geht mir wider den Strich“, murmelte Wojtek, „diese Teufelsbrut...“

Wojtek blickte auf diesen Zweideckeligen großen Verammlung. Niedrige Menschenmassen...

Freunde, Kameraden! Zuerst danke ich euch für eure so zahlreiche Beteiligung...

mit der Veritadheit eines grauen Sünders mißachteten sie die väterlichen Ermahnungen...

„Die Menschheit besteht aus der besitzenden und nichtbesitzenden Klasse...“

Die Sozialdemokraten wollen auch jedes Vermögen teilen; alsdann entfallen auf jede Person zirka 4000 Mark...

Die Sozialdemokraten spielen sich ferner als Alkoholgegner auf. Das beweist am besten...

als Nationalpolen sind wir verpflichtet, die geistigen Getränke der Firma Kasprowitz zu konsumieren.

„Schließlich wollen die Sozialdemokraten die freie Liebe einführen. Das könnte diesen moralisch verkommnen Kreaturen in den Kram passen!...“

„Solche Irrlehren predigen die Sozialdemokraten. Sie wollen keinen König, keinen Papst, keinen Pfarrer...“

„Die Sozialdemokraten sind auch die Todfeinde der polnischen Arbeiter, weil sie die überaus laue Taktik des Vorstandes der Berufsvereinigung bewirkt...“

Das rote Unkraut wucherte immer mehr. Der Glückstern strahlte trüber und trüber...

Der ganze Kapitorenstab, der eben zu einer Konferenz zusammenkam, abgepöbelte diesen goldenen Gedanken als den besten...

Die gottbegnadeten Führer der Berufsvereinigung erwarteten unruhig die Antwort! Einmal stand Wojtek am Fenster...

Nutzen einer derartigen Maßnahme einstecken würde, wir über-

haupt davon sprechen. Im übrigen trifft es auch nur in einer verhältnismäßig geringen Anzahl von Fällen zu, daß die Arbeit des Lehrhauers eine leichtere ist, als die des Sauer.

Für uns kann nur eine Billigkeit haben, und dessen wollen und müssen wir eingedenk sein, und dies ist der eine kurze Satz: Nachteiligkeit! Dieses gilt nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die Steiger.

Wenn der alte Grubenbeamte bei seiner Abhandlung über Lohnfragen im Bergbau in Nr. 34 der „Bergarb.-Ztg.“ die Bedingetaktik der Grubenbeamten ziemlich scharf kritisiert, so hat er doch verschwiegen, daß in jüngster Zeit auf diesem Gebiete wieder ein neuer Trick erfunden wurde, um die einzelnen hohen Löhne verschwinden zu lassen.

Der Artikelschreiber sagt, der Beamte kommt einfach und dekretiert: „Ihr bekommt für den Wagen Kohlen soviel und für den Meter Bahnbruch soviel.“ Diese Bedingetaktik besteht aber auf einer großen Anzahl der Kohlenstücke nicht mehr, sondern man geht vielmehr dazu über, ein reines Kohlen-gedinge zu legen, Bahnbruch und Bergverlies müssen gratis nebenbei gemacht werden.

Der Artikel schreibt weiter, daß die Beamten kommen einfach und dekretiert: „Ihr bekommt für den Wagen Kohlen soviel und für den Meter Bahnbruch soviel.“ Diese Bedingetaktik besteht aber auf einer großen Anzahl der Kohlenstücke nicht mehr, sondern man geht vielmehr dazu über, ein reines Kohlen-gedinge zu legen, Bahnbruch und Bergverlies müssen gratis nebenbei gemacht werden.

Stellen wir nun beide Bedingensysteme nebeneinander, so haben wir folgendes Ergebnis: Bei dem getrennten Bedingengeleichnis das eine mit dem anderen aus, weniger Mächtigkeit des Flözes, niedrigere Strebe, ergibt weniger Kohlen, aber auch mehr Meter Bahnbruch, die bezahlt werden. Bei reinem Kohlengedinge ebenfalls weniger Kohlen und auch mehr Meter, die zwar nicht bezahlt werden, aber eine Menge Arbeit mehr erfordern, also genau das Gegenteil.

aus und beobachtet die wunderbare Naturerscheinung. Plötzlich rief er erstaunt:

„Kommt, ihr Freunde, hier geschieht ein Wunder — ein großes Wunder! Seht, das ist kein Regen, sondern waschlauka!“

„Waschlauka!“ riefen alle wie aus einem Munde, „die reinste waschlauka, die Tropfen enthalten sogar noch ganz frische Butter!“

„Das ist die rote Einklut!“ rief Wojtek freudig bewegt. „Der Himmel krast die roten Schmierseifenfänger! Nieher mit den Dalmatianten! Surre! Unsere Peitition hat geschlafen!“

„Was macht du hier für einen Hölleflaum? Wo warst du am gestrigen Sonntag?“ fragte sie einbezuckt.

„Was macht du hier für einen Hölleflaum? Wo warst du am gestrigen Sonntag?“ fragte sie einbezuckt.

„Was macht du hier für einen Hölleflaum? Wo warst du am gestrigen Sonntag?“ fragte sie einbezuckt.

Wenn das System des reinen Kohlengedinges erst auf einem Teil der Ruhrgruben eingeführt ist, so muß man annehmen, daß selbst die Werksbesitzer dieses Experimente für zu gefährlich und für unbrauchbar halten, um es allgemein einzuführen.

Ein weiterer Umstand, der eine neue Gefahr für den Bergarbeiter in der Lohnregelung bildet, ist das Instandhalten der Strecken. Nicht selten ist dieses mit im Bedinge eingegriffen, und daß ein solcher Begriff sehr dehnbar ist, weiß jeder, wer mit dem Bergbau vertraut ist.

In der Entlohnung der Lehrhauer wird der größte Teil der Bergarbeiter anderer Meinungen sein wie der Artikelschreiber in Nr. 34 der „Bergarb.-Ztg.“. Nur noch selten hat ein Lehrhauer das Glück, der Förderung leere Wagen zu entnehmen, sondern fast ausschließlich mit Verge gefüllte. Das ganze System ist auch in den meisten Fällen eine versteckte Bedingereuzierung.

Fassen wir zum Schluß das Ganze zusammen, so ist der Beweis erbracht, wie sehr reformbedürftig die Lohn- und Bedingereuzierung im Bergbau sind und wird es zukünftig die vornehmste Aufgabe der Bergarbeiter sein, dieses zu eritreben.

In Nr. 34 unserer Zeitung schreibt ein alter Grubenbeamter, daß in keinem Berufe die Regelung der Arbeiterlöhne so große Schwierigkeiten macht, wie im Bergbau.

Die Arbeit der Lehrhauer ist auch nicht leichter, als wie die der Sauer. Auf nur wenigen Bechen wird für das Verbaufen und Bahnsetzen in den Strecken etwas gezahlt, aber so wenig, daß man keinen auch nur halbwegs anständigen Lohn verdienen kann.

Ganz entschieden dagegen bin ich und wohl 90 Prozent der Sauer, daß der Lehrhauer weniger Lohn bekommen soll wie der Sauer, denn davon hätten nur die Bechenbesitzer Nutzen.

Das Wirtschaftsjahr 1912 trug kein einheitliches Gebräge, sondern wies die widersprechendsten Züge auf. Im Bergbau, in der Maschinen- und Metallindustrie, sowie in der chemischen Industrie herrschte noch volle Hochkonjunktur.

Unter diesen Einflüssen hatte auch die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung zu leiden. Neben Verbänden mit erheblicher Mitgliederzunahme finden wir in anderen Verbänden schon Mitgliederverluste, und das letzte Vierteljahr 1912 brachte sogar einen Rückgang der Gesamtmitglieder.

Die gewerkschaftlichen Zentralverbände zählten im Jahresdurchschnitt 1912: 2.530.390 Mitglieder (gegen 2.320.986 im Vorjahre). Die Zunahme beträgt 9,02 Prozent (1911 gleich 15,05 Prozent).

Die Ziffern stellen sich am Schluß des Jahres etwas höher. Am 31. Dezember 1912 hatten die Gewerkschaften 2.559.781 Mitglieder (gegen 2.400.018 Ende 1911).

Die Ziffern stellen sich am Schluß des Jahres etwas höher. Am 31. Dezember 1912 hatten die Gewerkschaften 2.559.781 Mitglieder (gegen 2.400.018 Ende 1911).

Die Ziffern stellen sich am Schluß des Jahres etwas höher. Am 31. Dezember 1912 hatten die Gewerkschaften 2.559.781 Mitglieder (gegen 2.400.018 Ende 1911).

Die Ziffern stellen sich am Schluß des Jahres etwas höher. Am 31. Dezember 1912 hatten die Gewerkschaften 2.559.781 Mitglieder (gegen 2.400.018 Ende 1911).

Die Ziffern stellen sich am Schluß des Jahres etwas höher. Am 31. Dezember 1912 hatten die Gewerkschaften 2.559.781 Mitglieder (gegen 2.400.018 Ende 1911).

Die Ziffern stellen sich am Schluß des Jahres etwas höher. Am 31. Dezember 1912 hatten die Gewerkschaften 2.559.781 Mitglieder (gegen 2.400.018 Ende 1911).

Table with 4 columns: Jahr, Mitgliederzahl, Jahr, Mitgliederzahl. Lists membership numbers for years 1891 to 1912.

Nach der Höhe der Mitgliederzahl geordnet, hatten im Durchschnitt des Jahres 1912 Mitglieder:

Metallarbeiter 585 903, Bauarbeiter 385 560, Transportarbeiter 215 948, Fabrikarbeiter 205 026, Solgarbeiter 192 645, Textilarbeiter 140 217, Bergarbeiter 117 875, Buchdrucker 86 678, Zimmerer 61 872, Maler 51 621, Gemeindefreiber 50 058, Brauerei- und Mühlenarbeiter 49 834, Schneider 49 583, Schuhmacher 46 227, Tabakarbeiter 36 269, Buchbinder 32 374, Steinarbeiter 29 410, Bäcker und Konditoren 28 525, Maschinisten 25 761, Glasarbeiter 19 001, Handlungsgehilfen 17 485, Witographen 16 760, Porzellanarbeiter 16 575, Galtwirtschaftsgehilfen 16 188, Buchdruckerhilfsarbeiter 15 751, Lederarbeiter 15 248, Sattler und Portefeuerler 14 166, Schmiede 12 874, Töpfer 12 057, Steingießer 10 939, Gutmacher 10 551, Tapezierer 10 434, Dachdecker 8636, Förtcher 8518, Bureauangestellter 7253, Gärtner 6950, Fleischer 6172, Kupferfchmiede 5234, Glaser 4670, Kürschner 3810, Bildhauer 3777, Schiffszimmerer 3685, Lagerhalter 2935, Friseur 2532, Zivilmuffler 2008, Zigarrenfortier 1565, Uphaltere 1249, Blumenarbeiter 1168, Notenschreber 445, Xylographen 428. Die Landarbeiter zählten im Jahresdurchschnitt 17 022, die Hausangestellten 5749 Mitglieder.

Nach Industriegruppen geordnet, zählten am Jahreschlusse 1912 die Gewerkschaften im Bergbau 114 062 (1911: 120 136), in der Industrie der Steine und Erden 76 783 (74 474), in der Maschinen- und Metallindustrie 596 889 (564 319), in der Textilindustrie 142 684 (134 426), in der chemischen Industrie (Fabrikarbeiter) 207 597 (189 448), in der Papier- und Lederindustrie 70 041 (69 376), in der Holzindustrie 213 761 (199 836), in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie 124 513 (118 080), in der Bekleidungsindustrie 114 132 (111 727), in den graphischen Gewerben 100 345 (99 727), im Baugewerbe 463 375 (431 697), im Handel und Verkehr 247 518 (213 495), im Galtwirtschaftsgewerbe 16 542 (13 918), im Gartenbau 6858 (6231), in der Landwirtschaft 18 157 (15 696), in häuslichen Diensten 5554 (5751) und in sonstigen Berufen (Bureauangestellte, Gemeindefreiber, Musiker) 60 781 (55 883).

Die Organisation der gewerblich tätigen Mädchen und Frauen bewegt sich ebenfalls in ständig aufsteigender Richtung. Die Zahl der weiblichen Mitglieder der gewerkschaftlichen Zentralverbände ist von 191 832 im Jahresdurchschnitt von 1911 auf 216 462 im Berichtsjahre gestiegen. Von je 100 Mitgliedern der Gewerkschaften waren 1911: 8,2, 1912: 8,6 Prozent weiblichen Geschlechts.

Table with 3 columns: Jahr, gesamte Mitglieder, weibliche Mitglieder. Shows membership statistics for various years.

Angesichts der ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen zu rechnen hat, ist dieser wachsende Erfolg sicherlich sehr zu schätzen.

Zu den einzelnen Verbänden in den weiblichen Mitgliedern gezählt: Textilarbeiter 53 363, Metallarbeiter 26 848, Fabrikarbeiter 25 146, Tabakarbeiter 17 918, Buchbinder 15 979, Handlungsgehilfen 10 810, Schneider 10 886, Schuhmacher 8909, Buchdruckerhilfsarbeiter 8750, Transportarbeiter 7734, Solgarbeiter 6884, Gutmacher 4980, Bäcker und Konditoren 4574, Porzellanarbeiter 3329, Brauerei- und Mühlenarbeiter 1435, Gemeindefreiber 1371, Lederarbeiter 1269, Kürschner 1221, Galtwirtschaftsgehilfen 1157, Sattler und Portefeuerler 1083, Glasarbeiter 1000, Blumenarbeiter 648, Zigarrenfortierer 481, Bureauangestellter 254, Fleischer 252, Steinarbeiter 195, Lagerhalter 163, Tapezierer 150, Maler 44, Gärtner 27, Friseur 2.

Das Bochumer „Volkswort“ schreibt in seiner Nr. 203, vom 1. September folgendes: In der Zentrumspresse ist gegenwärtig eine Ruhepause in der bisher so lebhaft betriebenen Bekämpfung der „Volkswort“ eingetreten.

Es ist bekannt, daß die Versicherungsgehehlente in der Befürchtung, die „Volkswort“ könnte ihnen das Kleinversicherungsgeschäft stören, bei dem bekanntlich am meisten verdient wird, zusammengetreten sind und zur Bekämpfung des genossenschaftlichen Unternehmens die „Deutsche Volksversicherungsgesellschaft“ (D. V. V. G.) gegründet haben.

In der Zentrumspresse ist gegenwärtig eine Ruhepause in der bisher so lebhaft betriebenen Bekämpfung der „Volkswort“ eingetreten.

In der Zentrumspresse ist gegenwärtig eine Ruhepause in der bisher so lebhaft betriebenen Bekämpfung der „Volkswort“ eingetreten.

In der Zentrumspresse ist gegenwärtig eine Ruhepause in der bisher so lebhaft betriebenen Bekämpfung der „Volkswort“ eingetreten.

In der Zentrumspresse ist gegenwärtig eine Ruhepause in der bisher so lebhaft betriebenen Bekämpfung der „Volkswort“ eingetreten.

In der Zentrumspresse ist gegenwärtig eine Ruhepause in der bisher so lebhaft betriebenen Bekämpfung der „Volkswort“ eingetreten.

Maslauka = Buttermilch.

Kali.

Essen, den 18. August 1913.

Werte Kollegen!

Wie durch die verschiedensten Artikel in unserem Verbandsorgan, sowie auch durch entsprechende Notizen in den Tageszeitungen allen Kollegen bekannt sein dürfte, wird in den nächsten Tagen der Geschäftsbericht der Deutschen Volksversicherung A.G. eröffnet.

Wir glauben, nicht notwendig zu haben noch besonders zu betonen, daß unsere Kollegen unter keinen Umständen eine Versicherung mit der roten Volkspflege eingehen. Ebenso sollten wir auch fortan aber auch alle Agenten der kapitalistischen Volksversicherungen kurz und abweisen. Es ist eines Arbeiters geradezu unwürdig, seine teuer verdienten Groschen in den Taschen von Herren Generaldirektoren mehr als 800 000 Mark im Jahre bezahlen.

Für Kollegen, die schon in früheren Jahren mit solchen Gesellschaften Versicherungen eingegangen sind, besteht die Möglichkeit, ohne den geringsten Nachteil die Zahlung der Prämie einzustellen und sich bei der Deutschen Volksversicherung von neuem zu versichern. Notwendig ist nur, daß mindestens drei Jahre die Prämien fortlaufend entrichtet sind, bezw. erst drei Jahre entrichtet werden. In solchen Fällen sind die Vertrauensleute der Deutschen Volksversicherung A.G. zur näheren Auskunft jederzeit gern bereit.

Für jede Aufnahme, die für die D. V. A. G. gemacht wird, werden zehn Wochenbeiträge gezahlt. Dabei ist es gleich, ob der Wochenbeitrag 10 Pf. oder 1 Mark beträgt.

Von diesen zehn Wochenbeiträgen erhält das Generalsekretariat in Köln zwei, die Zentrale unseres Verbandes zwei, unsere Zahlstelle zwei, und der Kollege, der die Aufnahme besorgt, vier Beiträge.

Wenn dagegen die Aufnahme durch die D. V. A. G. in unserem Bezirk durch den Konsumverein „Wohlfahrt“ geht, so erhält unsere Zentrale und die Zahlstelle nichts, sondern diese vier Beiträge fallen dem Konsumverein zu.

Das Zirkular beweist also, daß die „Christlichen“ Gewerkschaften an der D. V. A. G. lebhaft finanziell beteiligt sind. Von jeder Aufnahme erhalten sie sechs Wochenbeiträge. Selbstverständlich haben die Versicherten das zu tragen, denn je mehr Spesen ein solches Unternehmen vernichtet, um so knapper müssen dann die Renten werden.

Nebenher sei auf die falsche Information aufmerksam gemacht, die den Versicherungsreflektanten, soweit sie schon bei Privatgesellschaften versichert sind, über die Möglichkeit der nachteiligen Lösung des bestehenden Versicherungsvertrages erteilt wird. Es ist unmaß, daß man einen Versicherungsvertrag bei einer Privatgesellschaft zu irgendeiner Zeit ohne Nachteil auflösen kann. Man kann z. B. die Zahlung der Prämien einstellen, doch was man zurückbekommt, ist nur ein Teil der eingezahlten Prämien. Bei Auflösung eines Versicherungsvertrages bei einer privaten Gesellschaft erleidet der Versicherte stets und unter allen Umständen Verlust! Das ist gewissenlos, den Versicherten etwas anderes zu erzählen! Das, was in dem Zirkular geschieht, beweist, wie sehr der Gewinn fornuipiert.

Besonders kennzeichnend ist der in bekannter „christlicher“ Tonart gehaltene Ausfall gegen die hohen Gehälter der Direktoren bei den privaten Versicherungsgesellschaften. Das wäre wohl berechtigt, wenn die Absicht bestände, daß sich die Direktoren und sonstigen Macher der D. V. A. G. mit bescheidenen Bezügen begnügen. Das ist aber keineswegs der Fall. Dafür bürgt ja auch schon der Umstand, daß die Gründer der D. V. A. G. den bis mit den Meisten zusammen bezahlten Direktoren sind. Will man auch zunächst nicht nahe an die Million herangehen mit den Einkünften der obersten Leiter, so ist doch das festgesetzte oder geplante Anfangsgehalt anständig genug und die weiter geplante Form der Bezahlung der Direktoren und Macher läßt jede Grenze nach oben vernichten. Zudem will man in Erkenntnis der wirtschaftlichen praktischen Wirkung der geplanten Entlohnungsform einen wohlthuenden Schleier darüber breiten. Niemand soll erfahren, wieviel die Herren Macher eigentlich einstecken. Diesem Zwecke soll anscheinend auch der Satz in dem Zirkular dienen, der auf die hohen Gehälter der Direktoren der privaten Gesellschaften schimpft.

Zum Beweise für unsere Behauptungen lassen wir hier einen Augenzeugen aus dem Gründungsprotokoll der D. V. A. G. folgen:

Über den § 18 entspringt sich eine lebhafte Diskussion. Generaldirektor Dumke wünscht bei Bezeichnung der Gewinnverteilung der neuen Anstalt auch die Personalfrage zu erörtern und macht auf die Wichtigkeit aufmerksam, den Direktor in irgend einer Weise an den Gewinnüberschüssen der von ihm geleiteten Anstalt zu beteiligen. Redner scheidet in dieser Gewinnbeteiligung des Vorstandes ein wesentliches Moment für den Erfolg der neuen Anstalt. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß diese Frage eventuell Sache des Anstellungsvertrages wäre, daß aber hierüber in die Satzung keine Bestimmung aufgenommen werden könne. Geheimrat Gadeboer-Kühnig hofft schließt sich der Meinung des Herrn Generaldirektors Dumke an, empfiehlt aber, in die Satzung und auch nicht in den Rechenschaftsbericht irgend einen Hinweis auf die Gewinnbeteiligung des Leiters aufzunehmen. Seiner Meinung nach könne man am besten der Anregung des Herrn Generaldirektors Dumke dadurch entsprechen, daß man eine steigende Remuneration für den Vorstand festsetze.

Die Mehrheit ist der Ansicht, daß es sich empfiehlt, den Vorstand in irgend einer Weise am Reingehalt zu beteiligen. Über die Gewinnbeteiligung soll aber weder der Geschäftsvertragsvertrag noch der Rechenschaftsbericht einen Hinweis enthalten.

Schließlich des Leiters der neuen Anstalt ist die Vermutung der Meinung, daß man bei Festsetzung des Anfangsgehaltes unter 20 000 Mark nicht heruntergehen dürfte.

Als Anfangsgehalt für den Direktor nicht unter 20 000 Mark und darüber hinaus Gewinnbeteiligung in irgendeiner Form ohne Begrenzung nach oben, jedoch darf niemand etwas von dieser Ausbeutung der Mitglieder erfahren! Und die „christlichen“ Gewerkschaften, denen dieser Sachverhalt sicher nicht unbekannt ist, lassen sich für die sechs Wochenbeiträge, die ihnen für jede Versicherung „fliegen“, dazu gebrauchen, die Arbeiter über diesen Sachverhalt zu täuschen, indem sie auf die hohen Gehälter der Direktoren der privaten Versicherungsgesellschaften schimpfen.

Es ist eines Arbeiters unwürdig, seine Kameraden in so gemeiner Weise darüber zu täuschen, daß sie bei der neuen Gesellschaft genau so ausgebeutet werden sollen, wie bei den alten privaten Versicherungsgesellschaften. Der Unterschied ist einzig der, daß das Geschäft jetzt zusammengelegt ist, und daß die „christlichen“ Gewerkschaften samt dem „christlichen“ Konsumverein an diesem Ausbeutungsgeschäft beteiligt sind!

Und diese selben Leute, die hier mit den Kapitalisten eine geheime Arbeitsgemeinschaft zur Ausbeutung der versicherungsbedürftigen Arbeiter eingegangen sind für den Judaslohn von sechs Wochenbeiträgen für jede verkaufte Seele, die um dieses Interesses willen das gemeinnützige Unternehmen der freien Gewerkschaften und damit zugleich die Gewerkschaften selber verächtlichen, wider besseres Wissen der Ausbeutung beschuldigen, die sind frech genug, den freien Gewerkschaften zu gleicher Zeit eine Arbeitsgemeinschaft gegen die Unternehmer anzubieten! Es gehört ein unfaßbar großer Mangel an Charakter zu solchem Verhalten!

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Wider den Brotwucher!

Am „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht der Volkswirtschaftler Dr. Carl v. Thielsch (Leipzig) aufreißende, auf genauen statistischen Ermittlungen beruhende Zahlen über die Belastung der konsumierenden Volksmassen durch die Getreidepreise. Danach erforderten im Durchschnitt der fünf Jahre 1907 bis 1911 die Getreidepreise ein jährliches Opfer von etwas mehr als einer Milliarde (1 089 815 808 Mark)! In den fünf Jahren betrug die Belastung für die getreideaufwendende Bevölkerung über fünf Milliarden (5 188 079 488 Mark). Dieser enorme Betrag kam aber keineswegs dem Reiche zugute. Nur 887 oder jährlich etwa 188 Millionen flossen der Reichskasse zu, während über vier und eine halbe Milliarde oder jährlich über 900 Millionen die Taschen von Privatpersonen, und zwar in der Hauptsache der getreidebauenden Grundbesitzer, füllten. Auf den Kopf der getreideaufwendenden Bevölkerung beträgt die Belastung für die Getreidepreise jährlich 20 Mark. Davon entfallen als Tribut an die Grundbesitzer etwa 17,50 Mt., während dem Reiche 2,50 Mt. verbleiben. Vergewaltigt werden wir, was es heißt, pro Kopf jährlich 20 Mark! Das bedeutet für eine Familie von Mann, Frau und nur zwei Kindern eine jährliche Belastung von 80 Mark. Bei einem Einkommen von 1600 Mt. jährlich waren 5 1/2 Prozent des Einkommens für die Getreidepreise zu verwenden. Welt schlechter noch sind kinderreiche Familien gestellt. Bei vier Kindern und einem Einkommen von 1200 Mt. jährlich beträgt das Opfer an die Grundbesitzer 120 Mt., gleich 10 Prozent des Einkommens. Mit anderen Worten: diese Familie muß ihre Arbeitskraft einen Monat im Jahr umsonst zur Verfügung stellen, um die Beträge aufzubringen, die der Staat allein im Interesse der getreidebauenden Grundbesitzer erhebt. Hierbei ist noch nicht berücksichtigt, daß — wie die Untersuchungen Neumanns, Gerloffs und Wombersis dargetan haben — der Brotverbrauch ein desto größerer ist, je ärmer die Familie ist.

Die Getreidepreise bilden eine Belastung, wie sie ungerechter und erdrückender nicht hätte erfinden werden können. Während heute einheimisch von der Wissenschaft wie der Praxis die Forderung einer progressiven Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit erhoben wird, besteht das deutsche Volk eine Zollgesetzgebung, die progressiv nach unten wirkt, die eine Familie desto schwerer belastet, je ärmer und kinderreicher sie ist. Und während man zeter und schreit über den zunehmenden Geburtenrückgang in Deutschland und Stillstandsapostel durch moralische Heilmittel, Staatsstipendien und Polizeiverordnungen der Volksdemerzung wieder auf die Beine helfen wollen, duldet, ja verteidigt man eine Wirtschaftspolitik, die Kinderreichtum geradezu unter Strafe stellt! Wunderbar man sich da noch, wenn im deutschen Volk die Lust an Kinderlegen im Abnehmen begriffen ist? Man schaffe günstigere Existenzbedingungen, erleichtere den Kampf um Dasein durch eine Politik, die die Interessen der großen Masse wahr, und man wird nicht nur eine Erhöhung der Geburtenziffer erzielen, sondern auch der verbreiterten, die Volkstreu und Gesundheit untergraben den Krankheiten ganz anders Herr werden können.

Die deutsche Branntweinproduktion.

Im letzten Jahre wurde in Deutschland erheblich mehr Branntwein produziert als im Vorjahre. Die gesamte Menge des in den ersten 6 Monaten d. J. produzierten Branntweins betrug 2 207 243, im Vorjahre waren es nur 2 245 868 Hektoliter. Seit dem Jahre 1909 entwickelte sich die Produktion von Branntwein für die Monate Januar bis Juni wie folgt: 1909: 2 621 178, 1910: 2 358 258, 1911: 1 815 878, 1912: 2 245 868, 1913: 2 297 243 Hektoliter.

Nach einem stetigen Rückgang der Branntweinproduktion bis zum Jahre 1911 wolgog sich also 1912 wieder ein kräftiger Aufschwung, der bis in dieses Jahr hineinreicht. Die Ein- und Ausfuhr von Branntwein aller Art gestaltete sich in den beiden letzten Jahren wie folgt:

Table with 3 columns: Year, Import in D. Mark, Export in D. Mark. Data: 1912 (189 223, 175 073), 1913 (198 468, 136 048)

Ganz bedeutend zurückgegangen ist die Einfuhr. Ihre Menge beträgt für die ersten sechs Monate d. J. weniger als zwei Drittel des im Vorjahre eingefuhrten Branntweins, die Ausfuhr ist an Menge und Wert ebenfalls stark zurückgegangen. Von dem Rückgang im Exportgeschäft wird besonders die Weingeistproduktion betroffen. Dagegen hat die Einfuhr von Likören noch zugenommen.

Aus unseren Rechtsabteilungsbüros.

Massengutachter und Verletzte.

Neue „Grundsätze“ werden von den Ärzten bei der Begutachtung der Rentensfälle beachtet. Die ärztliche Kunst soll nämlich so weit gekommen sein, daß für alle Klagen eines Unfallverletzten auch eine objektive Unterlage gefunden werden muß. „Sie können mir nicht in den Kopf, in die Brust oder in den Magen sehen“, gilt heute nicht mehr. Die Ärzte sagen: „Das können wir doch, und wo wir nichts finden, ist auch nichts mehr da.“ In dem Gutachten heißt es in solchen Fällen: „Die Untersuchung hat die Klagen des Verletzten nicht bestätigt“, oder: „Objektiv sind keine Unfallfolgen mehr nachzuweisen.“ Die Rente ist dann selbstverständlich juchsch. Selten, höchst selten, daß irgendein Gutachter noch mal zugibt, daß bei diesen oder jenen Unfallfolgen der Arzt auf die Glaubwürdigkeit des Verletzten angewiesen sei.

Da in den Industriebetrieben die Zahl der Unfallverletzten naturgemäß am größten ist, sind die Unfallkassen darauf bedacht, gerade in diesen Betrieben besonders „gut“ arbeitende Vertrauensärzte zu haben. Für die Tagierung der Unfallfolgen ist den Unfallkassen noch lange nicht jeder Arzt geeignet. So hat die Sektion II das Hauptgebiet in größere Bezirke eingeteilt und für diese besondere Spezialärzte angestellt, welche im Volksmunde Massengutachter heißen und in den Untersuchungskommissionen recht flott arbeiten. Einer derselben, Herr Dr. Peters in Dortmund, hat z. B. in einem Jahre für die Sektion II allein weit über 1000 Gutachten angestellt. Hierzu kommen die Gutachten, die dieser Arzt noch für andere Unfallkassen erstattet. Das ist eine Galopp- und Fabrikarbeit, unter der die Gewissenhaftigkeit schwer leiden muß.

Diese Art Ärzte beherrschen immer mehr das Gebiet der Unfallbegutachtung. Die Revisor- und erziehungsamtlichen Ärzte kommen für die spätere Begutachtung eines Verletzten immer weniger in Frage. Durch die jahrelange Spezialarbeit haben die „Massengutachter“ sich selbstverständlich auch eine sehr große Fähigkeit in der Abfassung der schriftlichen Gutachten angeeignet. Sie wissen aus dem Intenstadium ganz genau, worauf es an Bericht ankommt, und darüber vergessen sie auch nicht, alles anzuführen, was zur Stütze ihrer Ansicht und zur eventuellen Nachweisung einer Besserung im Zustande des Verletzten notwendig ist.

Daß sie dabei auch arg daneben hauen und sich in auffällender Weise irren können, zeigt folgender Fall:

Der Bergmann A. aus Annen bei Witten bezog wegen eines im Jahre 1894 erlittenen Unfalls 100 Prozent Rente. Neunzehn Jahre lang, bis jetzt, hatte man dem Manne die Rente belassen. Die Ärzte, die ihn im Laufe der Jahre untersucht, unter anderen auch der berühmte Professor Dr. Löbker-Böchem, hatten niemals eine nennenswerte Besserung konstatieren können. Aber jetzt weht ja der neue Wind und jetzt ist vielleicht etwas abzutappen, denkt die Unfallkasse und beordert den Mann zu Dr. Peters nach Dortmund, der denn auch eine Besserung gefunden zu haben glaubt und die Minderung der Rente in seinem Gutachten so begründet:

„Der etwa 48jährige Mann ist mittelgroß, mäßig kräftig gebaut, gut genährt, er wiegt ohne Kleider 67 Kilo... beide Handteller tragen reichlich entwickelte Arbeitshüwel. ... R. trägt Luftrohrantenne. Die eigentliche Etmimmbildung ist ausgefallen. R. vermag sich aber mit leiser, Mangloser Sprache recht gut zu verständigen... Was nun die Beurteilung der Erwerbsfähigkeit anbetrifft, so halte ich eine Rente von 75 Prozent für eine ausreichende Entschädigung, hin im übrigen überzeuge mich, daß bei einem Manne, der ein gleiches Leiden durch eine Krankheit erworben hätte, der Schaden sich nur in geringem Umfange in der Erwerbsfähigkeit äußern würde.“

So einige bemerkenswerte Stellen aus dem Gutachten. Mit Verlaub, Herr Dr. Peters! Sie sagen, der Mann ist mittelgroß. Was verstehen Sie darunter? Es ist doch sonst üblich, bei dem Gewicht die Größe in Zentimetern anzugeben. Nehmen wir aber als Mittelgröße 165 bis 170 Zentimeter an, dann kann der Mann bei 57 Kilogramm Gewicht nicht „gut genährt“ sein, denn nach der Gesundheitsstabelle soll bei einer Größe von 166 Zentimeter der normale Mensch 65 Kilogramm wiegen und bei 170 Zentimeter 67 Kilogramm. Dann wollen Sie, Herr Doktor, reichlich entwickelte Arbeitshüwel gesehen haben. Das muß ein Irrtum sein. Der Mann geht keiner Arbeit nach.

Weiter sagen Sie: „R. vermag sich aber mit leiser, Mangloser Sprache recht gut zu verständigen.“ Da können die Herren Professore in der Düsselbacher Klinik, die den Mann auf Veranlassung des Gerichts untersuchten, aber bedeutend schlechter hören, denn diese haben im Gegensatz zu Ihnen folgendes bescheinigt:

„Vor allem fällt jedoch ins Gewicht, daß der Mann sich ohne Frage für seine Umgebung nur äußerst schwer verständlich machen kann, was sich in der hiesigen Beobachtungszeit deutlich gezeigt hat. Er muß sich jedesmal bei dem Versuch zum Sprechen überstrenge anstrengen, um begreifen zu werden, und zu diesem Zweck das Gefüge meist mehrmals wiederholen. Trotzdem muß man sehr genau Obacht geben und nahe an ihn herantreten, um ihn nur zu verstehen.“

Diese Ärzte konnten auch die fibrigen von Ihnen, Herr Dr. Peters, „festgestellten“ Besserungsmomente nicht finden und haben sich für Beilegung der 100 Prozent Rente ausgesprochen, die dann auch von der Unfallkasse jetzt wieder gezahlt werden müssen.

Herr Dr. Peters ist auch noch der Meinung, daß ein gleichartig Verletzter, der auf Unfallrente keinen Anspruch habe, nicht in gleichem Maße erwerbsbeschränkt sein würde. Mit anderen Worten: weil der Mann Unfallrente erhält, fehlt ihm der gute Wille zur Arbeit. Daran sieht man, was die Wassengutachter von den Unfallverletzten halten und mit welchem Vorurteil sie ihnen gegenüberstehen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Ein Jubiläumstag im Buchdruckerverband.

Im März 1888 beschloß der Buchdruckerverband auf einer Hamburger Generalversammlung, die Verbandsleitung von Stuttgart nach Berlin zu verlegen. 10 Jahre vorher, als mit Verhängung des Sozialistengesetzes auch die Verfolgungen der Gewerkschaften einsetzten, stiftete die Verbandsleitung des Buchdruckerverbandes mit ihrem Sitz von Leipzig nach dem freieren Stuttgart. Mit dem 1. September 1888 übernahm der jetzige Verbandsvorsitzende, Emil Böhm, den Vorsitz. Er feierte also an diesem Tage zugleich sein 25jähriges Jubiläum, ein Ehrenfest, den wohl kein zweiter Verbandsvorsitzender bisher zu verzeichnen hat. Böhm, der im vorigen Jahre seinen 60jährigen Geburtstag begehen konnte, kam Mitte 1878 nach Berlin, trat 1884 in die örtliche Tarifkommission ein und wurde am 1. Jan. 1887 Gewerkschafter in Berlin. Unter seiner unmaßigen Leitung hat der Buchdruckerverband in den 25 Jahren sowohl organisatorisch wie auch in der tariflichen Festlegung der Arbeitsbedingungen gewaltige Fortschritte gemacht. Bei dem Uebergang der Verbandsleitung nach Berlin im Jahre 1888 waren 11 188 Mitglieder in 587 Druckereien vorhanden und in allen drei Stammesrichtungen hatte der Verband ein Vermögen von 916 892 Mt. Das Jahr 1891/92 nicht in Trümmern ging, ist nicht zuletzt Böhm zu verdanken. Die Wiedereingliederung der Tarifgemeinschaft war im wesentlichen sein Werk. Tariflich erreichte die Gewerkschaft von 1896 an Löhnerhöhung von insgesamt 31 Prozent; Sozialzuschläge bestanden für zusammen 748 Orte. Für die Maschinenwerker, die Drucker und die Stereotypisten wurden wertvolle Spezialbestimmungen geschaffen. Die Arbeitstage konnte wesentlich um 1 Stunde gekürzt werden. 98 Prozent aller Gewerkschaften arbeiteten auf tariflichen Bedingungen. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist auf 67 308 in über 1700 Druckereien gestiegen. Das Verbandsvermögen beträgt 10 512 897 Mark.

Böhm hat in manchen für den Verband schweren und stürmischen Zeiten in steter Entschlossenheit seinen Mann gestanden, und so wird dem in Gewerkschaftskreisen allgemein beliebten Gewerkschaftsführer auch an seinem Jubiläumstage der Glückwunsch zuteil werden: Mögen ihm noch viele Jahre segensreicher Tätigkeit beschieden sein!

Die neuen Militärkauten nur für „christliche“ Arbeiter?

Die nachfolgend abgedruckte Eingabe des „christlichen“ Steinarbeiterverbandes, Bezirk Würzburg, legt Zeugnis davon ab, in welcher unwürdigen Weise sich die „christlichen“ Vorteile im Arbeitsverhältnis auszunutzen suchen. Das Schriftstück ist aus Freudenberg, Amt Wertheim in Baden, datiert und hat diesen Wortlaut:

„Zentralverband christlicher Steinarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands, Bezirk Würzburg, Freudenberg, im Juli 1913.“

An die Großh. bad. Staatsregierung, Karlsruhe.

Der ergebenst Unterfertigte erlaubt sich, Ew. Excellenz im Namen der durch ihn vertretenen christlich und national organisierten Arbeiterklasse nachstehende Bitte ergebenst zu unterbreiten:

Die hohe Großh. bad. Regierung wolle beim Vergeben von Steinlieferungen für Militärkauten, die im Vollzug des neuen Wehrgesetzes in Baden nötig werden, das Steinmaterial der hiesigen Gegend, den roten und gestreiften Sandstein, gütigst berücksichtigen.

Zur Begründung unserer Bitte erlauben wir uns, anzuführen, daß die Geschäftslage in dem hiesigen großen Steingebiet zur Zeit eine überaus schlechte ist. Ein erheblicher Teil der hier in Frage kommenden Arbeiter mußte bereits abwandern und sich auswärtig Brot und Erwerb suchen. Für die meisten ist dies um so härter, weil sie durch keine Anwesen an die Schule gebunden sind und damit die Familie zurücklassen müssen. Große Schäden, materieller und moralischer Natur, bringt dieses Auseinanderreißen der Familie mit sich. Die hier in Frage kommenden Steinarbeiter sind zum großen Teil christlich und national organisiert. Nahezu sämtliche Steinarbeiter sind konigstreu und vaterländisch gesinnt. Wiederholt haben sie ungeschadet der raffiniertesten und mit großen Mitteln betriebenen Agitation der Sozialdemokratie den Beweis erbracht, daß sie Verständnis für die Bedürfnisse der Nation haben und gern und willig die notwendigen Opfer bringen für des geliebten Vaterlandes Größe und Ansehen in der Welt. Wir haben zur hohen Großh. bad. Staatsregierung das Vertrauen, daß wir nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

Zwischen unseren Arbeitgebern und uns bestehen Tarifverträge, die beide Teile befriedigen. Die Voraussetzungen, unter denen die Reichstagskommission die Zustimmung zu Staatsaufträgen wünscht, wären somit ebenfalls gegeben.

Ergebenst
gez.: Schedel, Bezirksleiter.“

Eine alles anders als christlich zu nennende Anschnürung bei der Schöbde, durch Diskreditierung andersgestimmter Arbeitskollegen, für sich Vorteile erwirken zu wollen! Oder meinen die Herren „Christlichen“, die Militärkauten dürften nur von „christlichen“ Arbeitern ausgeführt werden?

Der Arbeiterführer Behrens gegen den Reichstagsabgeordneten Behrens.

In dem Blättchen des „christlichen“ Verbandes der Forst- und Landarbeiter, „Die Rundschau“ (Nr. 15 vom 26. Juli 1913), bespricht der Verbandsvorsitzende und Schriftführer Franz Behrens die bevorstehende Errichtung der Landfrankentassen. Dabei sagt er:

„Die Ausschüsse und Vorstände der Landfrankentassen werden leider nicht von den Kassengliedern, wie bei den Ortsfrankentassen, sondern von der Vertretung des Gemeindefreiwirtschafters gewählt. Das ist in Preußen in der Regel der Kreistag und in den kreisfreien Städten die Stadivertordnenversammlung. Das ist zu bedauern, aber das Käufliche hilft jetzt nichts. Wir müssen uns bis auf weiteres mit den Tatsachen abfinden.“

Der „christliche“ Arbeiterführer Behrens beklagt hier in beweglichen Worten, daß den Landarbeitern das Wahlrecht zu ihren Frankentassen, zu denen sie zwei Drittel der Beiträge aus eigener Tasche bezahlen müssen, vom Reichstage geraubt ist. Es fehlt nur noch, daß er als Führer einer Organisation, die aus Landarbeiter zu ihren Mitgliedern zählt, die Wahlrechtsräuber im Reichstag geschrien bräuhm! Dies muß der um die Interessen seiner Landarbeiternklientel so besorgte Verbandsvorsitzende Franz Behrens aber aus dem triftigen Grunde unterlassen, weil er sonst dem Reichstagsabgeordneten Franz Behrens eine klatschende Mauthalle hätte versehen müssen.

Behrens hat nämlich im Jahre 1911 bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung im Reichstag mit den Konservativen, den schlimmsten Arbeiterfeinden, gegen das Wahlrecht der Landarbeiter in den Landfrankentassen gestimmt.

Offenbar mußte der Landarbeiterfeind vom Jahre 1911 noch nicht, daß er im Jahre 1913 von der Ungunst des Schicksals dazu bestimmt sein würde, den Landarbeiterfeind zu werden. Der Behrens-kandidat bietet diese beispiellose Heudelei übrigens keinerlei Lebertragung. Der echte Behrens!

Ein ausgewiesener Verbandstag.

Am 31. August trat der Verbandstag der Blumenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands...

Herr Ernst Hüffel... Die Versammlung zu schließen, da ich im Folge des heutigen stattfindenden Kornblumentags...

Als Herrn Ernst Hüffel auf den Zahn gefühlt wurde, stellte sich heraus, daß er „höherer Gewalt“ gewidmet. Der Bürgermeister...

Ein Akt im gelben Sumpf.

Die neueste Erscheinung in der deutschen Arbeiterbewegung ist eine Spaltung der Gelben, so daß es schon wieder eine „Mischung“...

„Wie Ihnen bekannt geworden sein wird, ist eine Spaltung in der gelben Arbeiterbewegung erfolgt. Die Berliner Vereine sind aus dem Bund Deutscher Werkvereine ausgetreten...

Der Verlag der Zeitschrift „Der Bund“ beabsichtigt nunmehr, um den Miß in der gelben Arbeiterbewegung nicht zu groß werden zu lassen, eine zwischen beiden Richtungen der deutschen Werkvereinsbewegung vermittelnde Haltung einzunehmen...

Die „christlichen“ Gewerkschaftsartelle im Jahre 1912. Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ bringt in seiner letzten Nummer zum ersten Male eine Aufstellung der „christlichen“ Gewerkschaftsartelle...

Über den Umfang und die Stärke der „christlichen“ Gewerkschaftsartelle berichtet das „Zentralblatt“ folgenden: Im Jahre 1911 waren 245, im Berichtsjahr 282 Kartelle vorhanden...

sein. Die Ziffern, die die Bergarbeiter angehen, sind mit Mißtrauen aufzunehmen. Im Ruhrbecken sind fast alle Zahlstellen des „christlichen“ Gewerkschafts...

Wir erfahren aus der Statistik (Ortsartellen), wenn auch lüdenhaft, auf welche Landstriche sich die „christlichen“ Gewerkschaften verteilen. So sind in der Rheinprovinz von den „christlichen“ Gewerkschaftsmittgliedern rund 99 000 und in Westfalen rund 56 000 den Kartellen angehörend...

Nach der Aufstellung des „christlichen“ „Zentralblatts“ sollen fünf Kartelle von je 10 000—15 000 Mitgliedern vorhanden sein. Ein Kartell wird sogar mit über 15 000 Mitgliedern aufgeführt. Diese Zahlen könnten imponieren, wenn sie sich auf einzelne Städte und höchstens deren nächste Umgebung erstreckten...

Die Städte Berlin, Hamburg, Dresden, Leipzig, München, Nürnberg, Stuttgart, Frankfurt a. M., Chemnitz, Hannover, Bremen, Köln, Breslau, Magdeburg, Steinfurt und Düsseldorf weisen 1 118 266 kartellierte freie Gewerkschaftsmitglieder auf, überhaupt waren von den freigeorganierten 2 580 300 Gewerkschaftlern 1912 2 339 571 Mitglieder den Kartellen angehörend...

Nehmen wir noch hinzu, daß die freien Gewerkschaften in Deutschland im Jahre 1912 80 233 575 Mt. vereinnahmten, 61 105 675 Mt. verausgaben und einen Vermögensbestand von 80 707 788 Mt. hatten, während bei den „christlichen“ Gewerkschaften diese Posten 6 008 350, 5 222 727 und 8 575 038 Mt. betragen...

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Der „goldene Mittelweg“ der Deutschen Volksversicherung V.-G.

In der Berliner „Staatsbürger-Zeitung“ und verwandten Blättern erschien vor kurzem ein längerer, stark tendenziös gefärbter Artikel unter der Überschrift: „Die Tarife der Deutschen Volksversicherung V.-G.“...

Daß die „Deffentlich-Rechtlichen“ mit ihren hohen Tarifsummen ein sehr zweifelhafte Experiment gewagt haben — besonders wenn man an das fällige Ende der „Berensbergversicherungsbank für Deutschland“ in Düsseldorf denkt, die bekanntlich mit denselben Grundjahren ins Leben trat — ist eine Tatsache...

Zunächst bedarf die Behauptung, daß die „Volksfürsorge“ lediglich von dem Gedanken ausgegangen sei, demjenigen, der das Ende der Versicherung erlebe, möglichst viel zu bieten, und daß dieser Grundsatz besonders beim Tarif I zum Ausdruck komme, weil hier außer der Gewinnbeteiligung vom 65. Lebensjahre an noch eine 3%prozentige Verzinsung der Versicherungssumme eintritt...

Die „Deutsche Volksversicherung“ hat im Durchschnitt etwa um 7 Prozent höhere Versicherungssummen als die „Volksfürsorge“. Das ist wahrhaftig nicht viel. Dagegen tritt bei ihr die Gewinnbeteiligung erst mit dem fünften Versicherungsjahre ein, bei der „Volksfürsorge“ dagegen bereits mit dem zweiten. Würde man nun annehmen, daß beide Gesellschaften denselben Gewinn verteilen würden...

Das ist eben der unerreichte Vorzug der „Volksfürsorge“ vor allen anderen Gesellschaften und gerade durch diesen Vorzug wird sie einen bedeutend höheren Bestand, eine Erparnis an Verwaltungskosten und mithin einen höheren Gewinn erzielen, der bekanntlich ungeschmälert wieder den Versicherten zufließt.

Aus diesem Grunde wird sie auch mehr leisten können als die „Deutsche Volksversicherung“, abgesehen von den älteren Jahren, wo die etwas höheren Versicherungssummen der letzteren noch nicht durch die günstigere Gewinnbeteiligung bei der „Volksfürsorge“ überholt worden sind.

Man sieht also: mit dem „goldenen Mittelweg“ der „Deutschen Volksversicherung“, die stark zu denselben Tendenzen wie die von ihr selbst verurteilten „Deffentlich-Rechtlichen“ neigt, ist es nicht so weit her, wie in dem Artikel der „Staatsbürger-Ztg.“ bramarbaschiert wird.

Internationale Rundschau.

Die Streitwelle im Naphtha-Nagon Baku.

Am 20. Juli (neuen Stils) brach in den Wägen gelegenen Naphthawerken der Naphthalin-Gesellschaft ein ökonomischer Streik aus. Die Hauptforderungen sind: Erhöhung der Lohn- und Wohnungsgelder, Bildung von Fabrikkommissionen zur Vertretung der Arbeiterinteressen u. a. m.

Die Lage in den Naphthalin-Werken ist infosfer verwickelt, als die Oltverwaltung der Werke nicht kompetent ist, die Frage zu lösen, sondern von dem Beschluß der Direktion in London und Petersburg abhängig ist. Die Firma verausgibt täglich des Streiks wegen nur für die Telegraphen allein 580 Rubel und es erwacht sie durch die Arbeits einstellen täglich circa 800 000 Rubel Verluste.

Der gegenwärtige Streik hat in den Unternehmerkreisen große Aufregung hervorgerufen. Seit 1907 hatten die Unternehmer große Angst, denn die Arbeiter waren zu schwach und die Verhältnisse zu ungünstig für einen erfolgreichen Kampf. Diese Jahre waren die Jahre des Naphthastreikers und der Verteuerung der Naphtha und Naphthaprodukte.

Im Laufe von vier Jahren hat sich also die Zahl der Arbeiter um 18 206 verringert, d. h. um circa ein Drittel. Die Hauptmasse dieser aus Fabriken ausgeschiedenen Arbeiter fällt natürlich auf die Naphtha-industrie. Nach den unlängst publizierten Daten des russischen Bureau der Naphthaindustrien waren in der Naphthaindustrie insgesamt Arbeiter und Angestellte beschäftigt: 1. April 1907: 48 284, 1. November 1908: 42 897, 1. September 1909: 38 000, 1. September 1910: 34 808, 1. September 1911: 33 084 Personen, d. h. in vier Jahren eine Verminderung um 15 230 Personen.

Knappschäftliches.

Das Muter eines unflügigen Knappschäftstatuts und ein Knappschäftsvorstand, der sein eigenes Statut nicht kennt!

Nach dem Streik im vorigen Jahre in Schaumburg-Lippe traten eine Anzahl Kameraden auf der Zeche Breuß, Cluß bei Minden in Arbeit. In Schaumburg-Lippe gehörten die Kameraden dem Haupt-Knappschäftsberein in Clausthal an und für Zeche Breuß, Cluß ist der Minden-Habensbergische Knappschäftsberein zuständig.

Beim Eintritt in die Arbeit auf Zeche Breuß, Cluß legten auch alle Kameraden ihr Knappschäftstatut als Ausweis über ihre Mitgliedschaft im Clausthaler Verein dem Werke vor; abendrein erhielten noch einige Kameraden vom Clausthaler Verein ein Schreiben, daß sie keine Anerkennungsgelder mehr zahlen brauchen, da sie nunmehr wieder Bergarbeit vertriehen und vom Minden-Habensbergischen Verein übernommen werden müßten.

Jetzt, nach dem Zusammenbruch des Schachtes auf der genannten Zeche, hatten wir Gelegenheit, Einblick in die neuen Bücher der Kameraden zu nehmen und stellten fest, daß der Minden-Habensbergische Knappschäftsberein auch nicht ein einziges Mitglied vom Haupt-Knappschäftsberein übernommen hat, sondern alle Kameraden waren neu in den Verein aufgenommen worden! Der Vorstand des Minden-Habensbergischen Knappschäftsbereins hatte also in der flagrantesten Art das Gesetz verlegt.

Diese Gesetzesverletzung kann ja nun für sich den Arbeitern noch keinen Schaden bringen, da sie ja in ihren Rechten durch Ziffer 3 des § 172e des Berggesetzes geschützt sind. Zunächst glaubten wir auch an eine Unterlassungssünde, die nichts zu bedeuten habe. Nun sehen wir aber an der Hand eingetretener Fälle von Inaktivität, daß es sich um ein Verbrechen um eine bewußte Gesetzesverletzung handelt und daß der Vorstand des Minden-Habensbergischen Knappschäftsbereins aus dieser Gesetzesverletzung Honig für die Kaffe seines Vereins saugen will.

Der Vorstand des Minden-Habensbergischen Knappschäftsbereins will nämlich bei den eingetretenen Fällen von Inaktivität die Pensionszahlung dem Clausthaler Verein allein zuschieben und wendet für die Mitgliedschaft im Minden-Habensbergischen Verein die für neu aufgenommenen Mitglieder wesentlich ungünstigeren Bestimmungen der §§ 172 und 172a des Berggesetzes an. Er verzieht dabei eben nur, daß diese Paragraphen für erstmalig in einen preußischen Knappschäftsberein eintretende Mitglieder gelten und daß für übernommene oder zu übernehmende Mitglieder der § 172e des Berggesetzes entscheidend ist.

Nun scheint aber der Minden-Habensbergische Knappschäftsberein die gesetzlichen Bestimmungen gar nicht zu verstehen, denn er hat darauf ein Statut zurückgegriffen, worin er sich anheimelnd selber nicht mehr zurechtfindet. Ein Mitglied hatte im Clausthaler Verein eine Mitgliedschaft vom 1. Januar 1885 bis 18. März 1912 hinter sich und trat am 1. September 1912 in den Minden-Habensbergischen Knappschäftsberein ein. Er mußte also, da er gesund befunden wurde, ohne Rücksicht auf sein Lebensalter mit seinen Dienstjahren aus dem Clausthaler Verein übernommen werden. Wie aber schon gesagt, wurde auch er nicht übernommen, sondern neu aufgenommen. Im Juli d. J. stellte das Mitglied den Antrag auf Pensionierung. Er wurde mündlich abgewiesen und unser Rechtsabteilung mußte den Knappschäftsvorstand erst daran erinnern, daß er einen schriftlichen Bescheid zu erteilen habe. Der nunmehr erteilte schriftliche Bescheid sieht dem Vorstand ganz ähnlich und lautet:

Wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß Ihre Sozial- und Pensionierung vom 26. Juli d. J. laut Vorstandsbescheid auf Grund des § 21 unserer Satzungen abgelehnt ist.

wertverein Dank erweisen und bei ihm eintreten müssen. In einer der letzten Versammlungen wurde nachgewiesen, daß diese Politik eines...

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Die Klage der "Christen" ist da!

Die am 8. Juli von den "Christenführern" angekündigte "Christenklage" gegen die "Wartburg", den "Janus", die "Bergarbeiter-Zig" und eine Anzahl sozialdemokratischer Zeitungen ist am 4. September...

Die Löhne im Kohrevier

wiesen auch im zweiten Vierteljahr 1913 eine weitere Steigerung auf, wie denn die ganze Zusammenstellung des Oberbergamts Dortmund zeigt...

Table with 4 columns: Gesamtbeschäftigt, Lohnsumme, Schichtzahl, Schichtlohn. Rows for quarters 1911 and 1912.

Die Lohnverteilung in den einzelnen Arbeiterkategorien entwickelte sich in dem gleichen Zeitraum wie vorstehend in folgender Weise:

Table with 4 columns: Eigentliche Bergarbeiter Hauer, Sonstige unterirdische Arbeiter, Arbeiter über Tage, Jugendliche Arbeiter. Rows for quarters 1911 and 1912.

Hiernach ist der Lohn der Hauer im zweiten Vierteljahr gegenüber dem ersten um 15 Pf., der der sonstigen unterirdisch Beschäftigten um 7 Pf., der Tagearbeiter um 5 Pf. gestiegen...

Seit dem Streik 1912 gewannen die Hauer eine Schichtlohnsteigerung von 75 Pf., die sonstigen unterirdischen Arbeiter 35 Pf., die Tagearbeiter 29 Pf., und die Jugendlichen 5 Pf.

Diese Lohnsteigerung ist jedoch, wie wir mehrfach nachgewiesen haben, durch Mehrschichten erzielt worden und bietet noch längst keinen Ausgleich für die kolossal gesteigerte Lebenshaltung...

Bestrafter Verleumder.

Der "christlich-national" Herr Hüls mit von Niederborsfeld hat gegen die Ortsverwaltung unseres Bergamts und solche Kameraden, die während des letzten Streiks Streikposten gestanden haben...

Sicherheitsmännerverwahlen.

Auf Zechen Emfinger Lippe, Nevier 10 und Schacht III, Nevier 2, finden die Sicherheitsmännerverwahlen am 17. September statt. Die Wählerlisten liegen bis zum 16. auf der Steigerstube auf.

Erziehung unseres Vereinslotals in Herten.

Der bisherige Vereinswirt Heinz hat schon seit Monaten versucht, die organisierten Arbeiter durch Schilke aus seiner Wirtschaft herauszufinden, was auf einen Bruch schließen ließ...

In Sachen Borowski

hat die Ortsverwaltung der Zehntelstelle Lütgendortmund trotz der Berücksichtigung Borowskis von ihrer ersten Erklärung nichts zurückzunehmen, sondern folgendes zur Erläuterung hinzuzufügen:

Hunderttausend Mark als Gehalt für treue Dienste beim Streik 1912.

Den "Königsstreuen" Knappen im Vogau-Oelstücker Nevier ist großes Leid widerfahren. Anlässlich des Königsbesuches ließen die Werke durch Herrn Direktor Kückig bei einem gemeinsamen Zeit-

Saargebiet und Reichslande. Die "Saarpoli" und praktische Arbeit des "christlichen" Gewerbevereins.

Fraulauten ist eine Domäne der "Christlichen". Zwischen Fraulauten und Engdorf wird ein Schacht für den Piskus abgeteuft, auf welchem miserabile Lohnverhältnisse, auch sonstige Mißstände herrschen.

die Nähe von Metz schon so unheilvoll für ihn geworden, daß man in Gölde von ihm sagen kann: „Halb zog ihn hin, halb sank er hin“? Die „Saarpoli“ schließt ihren von dem mit der Schlafkrankheit Befallenen verfassten Artikel mit den Worten: „Mit Schlimpfeien auf die Schwarzen und auf die „bösen Christlichen“ ist den Arbeitern nicht gedient.

Der hereingefallene Betriebsführer.

Seit Montag, den 18. August, standen die Vergarbeiter des Schachtes, der von der Firma Meier & Co für die Abnial. Berginspektion in Engdorf im Saargebiet abgeleitet wird, im Streik.

Arautern, 27. August.

Über die Differenzen zwischen der Firma A. Meyer u. Co. und den Arbeitern, die mit Schacht- abteufungsarbeiten beschäftigt waren, wird uns seitens der Betriebsleitung folgendes berichtet: Seit einiger Zeit sind auf der neuen Schachtkanäle bei Fraulauten, die von der Firma A. Meyer u. Co. für die Abnial. Berginspektion I geteuft wird...

Wie waren die Streikenden erlaut, als sie sahen, daß die Prämie bei 11 Meter und höher 10 Pf. betragen solle...

Wie waren die Streikenden erlaut, als sie sahen, daß die Prämie bei 11 Meter und höher 10 Pf. betragen solle und ihnen dies der Betriebsführer versprochen habe...

Süddeutschland. "Christliche" Arbeitsgemeinschaft in Oberbayern.

Der „Bergsnappe“ veröffentlicht die ganze Tinte und schmückt jede Nummer mit einer Färbigkeit sondergleichen voll von der nun beglückenden „Arbeitsgemeinschaft“ und meint dabei, daß jeder Verband für sich doch seine Interessen wahren könne.

St. Barbara-Jubiläum der Oberbayerischen.

Am 23. August 1913 bräute die ultramontane „Bayerische Kurier“ einen Bericht über das St. Barbara-Fest der Bergleute von Gausham und Bergberg. In dem Bericht war zu lesen, daß diejenigen Festteilnehmer, die eine 30-jährige Dienstzeit auf der Grube zurückgelegt haben, ein Jubiläumsgeschenk, bestehend in einer goldenen Uhr mit Kette, erhielten.

